

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

42. Ausgabe, Februar 2008

Polen

Managerverträge

Die von natürlichen Personen aus Managerverträgen erlangten Einnahmen unterliegen nach dem polnischen Einkommensteuergesetz der Besteuerung als Einnahmen aus einer selbständigen Tätigkeit. Solche Einnahmen unterliegen dem progressiven Tarif (19 %, 30 % oder 40 % je nach der Höhe des Einkommens). Sie dürfen nicht wie die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit mit einem einheitlichen Steuersatz i. H. v. 19 % besteuert werden. Dies gilt auch, wenn Manageraufgaben im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt werden. Eine solche Betrachtung dieser Einnahmen führt auch dazu, dass Steuerpflichtige, die ihre Einnahmen aus Managerverträgen erzielen, nur pauschale Werbungskosten abziehen können und die Sozialversicherungsbeiträge proportional zu der Höhe der Einnahmen abgeführt werden müssen.

Am 19. Juli 2007 hat das polnische Verfassungsgericht entschieden, dass so eine Behandlung von Managerverträgen verfassungskonform ist.

Kontakt vor Ort
 Tomasz Galka, Telefon: + 48 (71) 356 11 85

Rumänien

Intrastat-Schwellenwert

Es wurde eine neue Regelung eingeführt, welche den Intrastat-Schwellenwert bezüglich der statistischen Datenerhebung über den innergemeinschaftlichen Warenverkehr für das Jahr 2008 bestimmt. Die Intrastat-Schwelle für das Jahr 2008 bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert (RON 300.000 (EUR 9.000) für Eingänge und RON 900.000 (EUR 27.000) für Versendungen). Unternehmen müssen eine Intrastat-Meldung ab dem Monat Januar 2008 abgeben, wenn der Wert der Wareneingänge/ Warenausgänge aus/ in andere EU Mitgliedsstaaten den o. g. Grenzwert überschreitet. Wenn die oben genannte Grenze in Beziehung zu der ausgeführten Geschäftstätigkeit im Jahr 2007 nicht erreicht wird, sondern als Resultat aus dem Warenverkehr im Jahr 2008 zu sehen ist, müssen die Unternehmen die Intrastat-Meldung nur für das Jahr 2008, angefangen mit dem Monat, in dem die Schwelle überschritten wurde, abgeben.

Beiträge

Ab Anfang des Jahres 2008 werden die im Folgenden dargestellten Änderungen betreffend die Beträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gültig sein:

Beträge	Januar 2008	Juli 2008	Dezember 2008
Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers (unbegrenzte Beiträge seit 1. Januar 2008)			
• Standard Arbeitsbedingungen,	19,5 %	19,5 %	18 %
• Besondere Arbeitsbedingungen,	24,5 %	24,5 %	23 %
• Sonderarbeitsbedingungen.	29,5 %	29,5 %	28 %
Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitnehmers betragen 9,5 %, unbeachtet der Arbeitsbedingungen (2 % davon werden zu der privaten Altersvorsorge hinzugerechnet).			

Arbeitslosenbeiträge:			
• Arbeitgeber,	1 %	1 %	0,5 %
• Arbeitnehmer,	0,5 %	0,5 %	0,5 %
• Personen, die durch Arbeitslosenversicherungsverträge versichert sind.	1,5 %	1,5 %	1 %
Berufsunfähigkeitsversicherungen, abhängig von der Gefahrenklasse	0,4 - 2 %	0,4 - 2 %	0,4 - 2 %
Krankenkassebeiträge:			
• Arbeitgeber,	5,5 %	5,5 %	5,2 %
• Arbeitnehmer.	6,5 %	5,5 %	5,5 %
Mindestlohn in RON pro Monat (EUR)	500 (140)	540* (151)	

* Sofern die Konjunkturindikatoren des Staatshaushaltes für das Jahr 2008 eingehalten werden.

Kontakt vor Ort

Peter deRuiter, Telefon: + 40 (21) 2 02-06 70

Serbien Körperschaftsteuer

Das serbische Parlament hat kürzlich die Vorschläge für die Änderung des Körperschaftsteuergesetzes bekannt gegeben. Allerdings ist es noch nicht sicher, wann die vorgeschlagenen Änderungen übernommen werden und wann sie in Kraft treten. In dieser Ausgabe des "Osteuropa kompakt" präsentieren wir daher die wesentlichen Änderungen nachstehend:

• Bemessungsgrundlage

Werbe- und Verkaufsförderungsaufwendungen werden im vollen Umfang als steuerlich abzugsfähige Betriebsausgaben anerkannt, wenn diese in Relation zu gesellschaftlichen Aktivitäten angefallen sind. Die Absetzung von Bewirtungskosten wird jedoch auf 0,5 % des gesamten Einkommens begrenzt sein. Aufwendungen, die im Bezug zum Wertverfall der Kapitalbeteiligungen, Aktien, anderer Wertpapiere und Vorratsvermögens stehen, werden anerkannt als abzugsfähige Aufwendungen in dem Voranmeldungszeitraum, in dem die relevanten Wirtschaftsgüter verbraucht oder verkauft worden sind.

• Steuerlicher Verlustvortrag

Die Nutzung steuerlicher Verlustvorträge für betriebliche Verluste und Kapitalsteuerverluste wird auf fünf Jahre (von den zurzeit geltenden zehn Jahren) reduziert.

Einkommensteuer

Das serbische Parlament hat mehrere Änderungsvorschläge des Einkommensteuergesetzes eingereicht. Allerdings ist es ungewiss, wann die vorgeschlagenen Änderungen ins Gesetz übernommen und in Kraft treten werden. Die wichtigsten Änderungen werden im Folgenden dargestellt.

- Der Steuersatz für Kapitalerträge wurde von aktuell 20 % auf 10 % reduziert.
- Kapitalerträge, die aus Übertragungen von Wertpapieren realisiert werden, die der Steuerpflichtige mindestens 3 Jahre gehalten hat, sind von der Einkommensteuer befreit.
- Bis zu einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von RDS 1 Mio. (EUR 10.486) beträgt der Steuersatz 10 %, für einen übersteigenden Betrag beläuft sich der Steuersatz auf 15 %.

Kontakt vor Ort

Marija Bojovic, Telefon: +381 (11) 33 02-1 00

Slowakische Republik Ertragssteuergesetz

Das slowakische Parlament hat im Dezember 2007 die von der slowakischen Regierung vorgelegte und lang diskutierte Novelle zum Ertragssteuergesetz verabschiedet. Zu den wichtigsten Änderungen zählen im Folgenden:

- Es wurden neue Regeln betreffend der Abzugsfähigkeit von Zinsen eingeführt. Diese neuen **Unterkapitalisierungsregeln**, die am 1. Januar 2009 in Kraft treten werden, gehen von folgenden Annahmen aus:
 - Die Regeln beschränken die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zinsen für Darlehen und Ausleihungen, die von ausländischen sowie inländischen nahe stehenden Personen erhalten worden sind.
 - Die Bestimmungen betreffen Personen, die mindestens mit einem 25%-igen Anteil (direkt oder indirekt) am Kapital der Gesellschaft beteiligt sind.
 - Diese Zinsen sind steuerlich nicht abzugsfähig, wenn sie das 6-fache des Eigenkapitals überschreiten.
 - Die Regelungen beziehen sich nur auf Fälle, in denen die durchschnittliche jährliche Höhe der Darlehen/Ausleihungen von nahe stehenden Personen SKK 100 Mio. (ca. EUR 3 Mio.) überschreitet.
- Weitere Neuregelungen, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind:
 - Wertberichtigungen auf uneinbringliche Forderungen, die mehr als 36 Monate überfällig sind, sind in voller Höhe steuerlich abzugsfähig. Bei einer Überfälligkeit von mehr als 24 Monaten sind diese bis zu 50 % steuerlich abzugsfähig und entsprechend bei mehr als 12 Monaten zu 20 %.
 - Die Wesentlichkeitsgrenze für die Wertberichtigungen von Forderungen wurde von bisher SKK 1.000 auf SKK 10.000 (von EUR 30 auf EUR 300) pro Forderung erhöht.

Kontakt vor Ort

Susann Philipp, Telefon: + 421 (2) 59 35-06 56

Ungarn Änderungen der Körperschaftsteuer

Die wichtigsten Änderungen des Körperschaftsteuergesetzes werden im Folgenden zusammengefasst:

- Die bisherigen Voraussetzungen zur Anwendung des ermäßigten Steuersatzes in Höhe von 10 % wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 um folgende ergänzt:
 - Die Steuerbemessungsgrundlage muss mit dem Betrag des Mindestgewinns übereinstimmen.
 - Der Steuerpflichtige muss die Anforderungen der geregelten Arbeitsbeziehungen erfüllen.
 - Der Steuerpflichtige muss die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 200 % des Mindestlohnes zahlen.
 - Der Steuerpflichtige muss am Ende des Steuerjahres 6 % der Steuerbemessungsgrundlage als gebundene Rücklage einstellen und diese für bestimmte Investitionszwecke innerhalb von höchstens 4 Jahren verwenden.
- Zugleich steigt die Höchstgrenze für die Inanspruchnahme von HUF 5 Mio. (EUR 19.732) auf HUF 50 Mio. (EUR 197.320).
- Die Bestimmungen betreffend die Verlustabgrenzung wurden präzisiert.
 - Ab 1. Januar 2008 werden zur Berechnung der Investitionsrücklage 50 % anstatt zuvor 25 % (höchstens HUF 500 Mio. /ca. EUR 2 Mio.) des Vorsteuergewinns berücksichtigt. Die Verwendungsmöglichkeiten wurden um Investitionen in Gebäude, die unter allgemeinen oder lokalen Denkmalschutz stehen, ergänzt.

Gewerbsteuer- vergünstigungen

Im Zuge der Harmonisierung mit dem EU-Recht können nur noch diejenigen Unternehmen eine Vergünstigung oder Befreiung - gemäß den in der Gemeindeverordnung bestimmten Voraussetzungen - bekommen, deren

Steuerbemessungsgrundlage den Betrag von HUF 2,5 Mio. (EUR 9.866) nicht übersteigt.

Grenzüberschreitende Verschmelzungen

Das ungarische Parlament hat das Gesetz über die grenzüberschreitenden Verschmelzungen von Kapitalgesellschaften verabschiedet, womit der Gesetzgeber der Pflicht zur Umsetzung der Richtlinie 2005/56/EG nachkam. Eine Verschmelzung war bisher grundsätzlich nur für die im gleichen Mitgliedsstaat eingetragenen Aktiengesellschaften möglich. Das kürzlich angenommene Gesetz ermöglicht, dass nicht nur Aktiengesellschaften die Umwandlung in der Form der Verschmelzung wählen können. Hierbei ist auch eine Verschmelzung von Kapitalgesellschaften möglich, die in verschiedenen EU Ländern registriert sind.

Kontakt vor Ort

Dr. Mark-Tell Madl, Telefon: + 36 (1) 4 61-97 21

Romania Intrastat thresholds

A new order establishes the Intrastat thresholds for the collection of statistical data on intracommunity trade for 2008. The Intrastat thresholds for 2008 remain the same as those for 2007 – i.e. RON 300,000 for arrivals and RON 900,000 for dispatches. Therefore, if the value of arrivals/dispatches of goods from/to other EU member states in 2007 exceeds the above-mentioned thresholds, traders have to submit Intrastat statements starting with the month of January 2008. If the thresholds mentioned above are not reached in relation to operations carried out in 2007, but are compounded as a result of arrivals/dispatches of goods in 2008, traders should submit Intrastat statements for 2008 only, starting with the month in which the thresholds are exceeded.

Contributions

From the beginning of 2008, the following changes will apply to the contributions to be made by employer and employees:

Contribution	January 2008	July 2008	December 2008
Employer's social security contribution (uncapped contribution starting 1 January 2008):			
• standard working conditions,	19.5 %	19.5 %	18 %
• particular working conditions,	24.5 %	24.5 %	23 %
• special working conditions.	29.5 %	29.5 %	28 %
Employee's social security contribution remains 9.5 % (2 % thereof are allocated to private pension funds), regardless of working conditions.			
Unemployment contribution :			
• employer,	1 %	1 %	0.5 %
• employee,	0.5 %	0.5 %	0.5 %
• persons insured under unemployment assurance agreements.	1.5 %	1.5 %	1 %
Insurance against work accidents and occupational diseases, depending on the class of risk:	0.4 - 2 %	0.4 - 2 %	0.4 - 2 %
Health fund contribution:			
• employer,	5.5 %	5.5 %	5.2 %
• employee.	6.5 %	5.5 %	5.5 %
Monthly minimum gross salary in RON (EUR)	500 (140)	540* (151)	

* If the main economic indicators of the state budget for 2008 are met.

Serbia Corporate Income Tax

The Serbian Parliament has recently announced the Government's proposal for amending the Corporate Income Tax Law. However, it is uncertain when the proposed amendments will be adopted and take effect. In this issue of "Osteuropa kompakt" we describe the most important amendments stated below:

• Taxable base

Advertising and promotional expenses will be fully recognized as an expense for tax purposes under the condition that those are incurred in relation to promotion of the company's business activities. However, the deduction of entertainment expenses will be limited to 0.5 % of total revenue.

Expenses related to the impairment of a stake in capital, shares, other securities and inventories will be recognised as an expense for tax purposes in the tax period when relevant asset is sold or consumed.

• Losses carry forward

A losses carry forward period for operational and capital tax losses will be reduced to five years in comparison to currently available ten years.

Personal Income Tax

The Serbian Parliament proposed several amendments to the Personal Income Tax Law. However, it is uncertain when the proposed amendments will be adopted and come into effect. The most significant changes are outlined below:

- Tax rate on capital gains reduced from current 20 % to 10 %.
- Tax exemptions on capital gains realized from transfer of securities held by the taxpayer minimum three years and also for rights, interest or securities obtained through inheritance abolished.
- Application of the rates: 10 % for taxable income up to RSD 1 m (EUR 10,486) and 15 % for the part of taxable income exceeding RSD 1 m (EUR 10,486).

Slovakia Income Tax Act

In December 2007, the Slovak parliament has adopted long discussed amendments prepared by the government to the Income Tax Act.

The most significant proposed changes of the draft are set out below:

- The current draft which, will become effective on 1 January 2009, contains thin capitalization rules with the following features:
 - the rules relate to the tax deductibility of interest on loans from both foreign and domestic related parties,
 - related parties are those that have a holding of 25 % or more direct or indirect in each other,
 - under the rules, interest on related party loans that exceed the Slovak company's equity by six times is non-deductible.
 - the rules should only apply where the amount of the loan given by the related party exceeds SKK 100 m (approx. EUR 1 m) on annual average.
- Other amendments which effective date is 1 January 2008:
 - Provisions for bad debts that are overdue for more than 36 months should be fully tax deductible. If the provisions for bad debts are overdue for more than 24 months, they should be tax deductible by up to 50 % of the unpaid debt amount, accordingly by up to 20 % for more than 12 months.
 - The current threshold of SKK 1,000 (EUR 30) for immediate tax deductible write-offs of minor debts has increased to SKK 10,000 (EUR 300).

Hungary Amendments in the Corporate Tax Act

The most important amendments of the corporate tax act are summarized below:

- With effect from 1 January 2008, the following new requirements were added to the above:
 - taxpayers must have a tax base of no less than the minimum tax base;

- taxpayers must be in compliance with the relevant legislative requirements on labour relations;
- taxpayer must pay social security on at least 200 % of the minimum wage;
- taxpayer must show no less than 6 % of their taxable base under tied up reserve at the end of the tax year and use it for investment purposes within no more than four years.

At the same time, the cap of the tax base was raised from HUF 5 m (EUR 19,732) to HUF 50 m (EUR 197,320).

- The regulations regarding carry-forward have been precised.
- From 1 January 2008, the development reserve has been tax deductible up to the amount of 50 % of pre-tax profits (still with a cap at HUF 500 m, approx. amounting to EUR 2 m) in place of 25 % before. In addition, investment projects related to listed buildings under local heritage protection have been added to the range of possible use of the funds in the development reserve.

Trade tax benefits

Due to the requirements of harmonizing Hungarian regulations with the Community legislation, only businesses with a tax base not exceeding HUF 2.5 m (EUR 9,866) may be granted local trade tax benefits or exemptions, under the terms set out on in decrees issued by the municipal authorities.

Cross-border mergers

The Hungarian Parliament has recently adopted the act on cross-border mergers of limited liability companies. By adopting this legislation, Hungary has complied with the obligation to transpose Directive 2005/56/EC. Corporate mergers were only permitted between companies registered in the same member state. The recently adopted legislation allows that not only joint stock companies are allowed to choose the form of trans merger modification but also public limited companies, regardless their actual legal status being registered in different member states. This will facilitate mergers into a company group.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Michalik: celina.michalik@de.pwc.com.